

Protokoll

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel am Mittwoch, 01.10.2014,
19:00 Uhr, im Rathaus I, Sitzungssaal, Windallee 4, 26316 Varel.

Anwesend:

Ratsvorsitzende:	Hannelore Schneider
1. stellv. Ratsvorsitzender:	Jürgen Rathkamp
2. stellv. Ratsvorsitzende:	Elke Vollmer
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
stellv. Bürgermeister:	Iko Chmielewski
	Peter Nieraad
	Raimund Recksiedler
Ratsmitglieder:	Sascha Biebricher
	Rudolf Böcker
	Heinz Peter Boyken
	Dirk Brumund
	Jürgen Bruns
	Hergen Eilers
	Dr. Susanne Engstler
	Karl-Heinz Funke
	Christoph Hinz
	Egbert Jackenkroll
	Jörn Kickler
	Bernd Köhler
	Alfred Müller
	Cornelia Papen
	Dirk von Polenz
	Georg Ralle
	Bernd Redeker
	Sebastian Schmidt
	Ingrid Schuster
	Steffen Schwärmer
	Dr. Marko Alexander Seelig
	Jörg Weden
	Dorothea Weikert
von der Verwaltung:	Wilfried Alberts
	Marion Groß
	Rolf Heeren
	Dirk Heise
	Jörg Kreikenbohm
	Jens Neumann
	Johann Taddigs

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 23.07.2014
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Berichte und Anträge der Ausschüsse
 - 5.1 Verwaltungsausschuss vom 21.08.2014
 - 5.1.1 Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast vom 24.07.2014
 - 5.1.1.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2013
 - 5.1.2 Anträge an den Rat der Stadt Varel
 - 5.1.2.1 Durchführung des Unterhaltssicherungsgesetzes; Antrag auf Aufhebung der Zuständigkeitsübertragung
 - 5.2 Verwaltungsausschuss vom 25.09.2014
 - 5.2.1 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 16.09.2014
 - 5.2.1.1 Bebauungsplan Nr. 53, 7. Änderung (Lange Straße) - Abwägung und Satzungsbeschluss
 - 5.2.1.2 Bebauungsplan Nr. 72, 1. Änderung (Wiefelsteder Straße) - Abwägung und Satzungsbeschluss
 - 5.2.2 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 24.09.2014
 - 5.2.2.1 Neubildung des Zweckverbandes JadeWeserPark Friesland-Wittmund-Wilhelmshaven
- 6 Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 6.1 Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL
- 7 Anträge und Anfragen
 - 7.1 Bildung einer Stabsstelle Wirtschaftsbetriebe der Stadt Varel; hier: Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL
 - 7.2 Kleiverkauf durch die Stadt Varel

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates**
 Ratsvorsitzende Schneider eröffnet um 19:00 Uhr die ordentliche öffentliche Sit-

zung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Sie begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und eine Anzahl Vareler Bürgerinnen und Bürger.

Sie stellt fest, dass die Ratsherren Kühne, Mahouachi und Meinen entschuldigt fehlen.

2 Feststellung der Tagesordnung

TOP 5.1.2.1 – Bebauungsplan Nr. 193 (Photovoltaik Alter Bahnhof Rahling), 1. Änderung; Abwägung und Satzungsbeschluss - wird einvernehmlich von der Tagesordnung abgesetzt. Ratsvorsitzende Schneider stellt die Tagesordnung fest.

3 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 23.07.2014

Das Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Varel vom 23.07.2014 wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 2.1 – Dringlichkeitsantrag des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 23.07.2014, letzter Absatz, bittet Ratsherr Funke nochmals um die ihm und Herrn Chmielewski zugesicherte schriftliche Stellungnahme des Bürgermeisters. Bürgermeister Wagner sichert zu, dass er diese den Ratsherrn unverzüglich nachreichen wird.

Ratsherr Boyken verweist auf TOP 7.1 - Rettungsboot Dangast Strand des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 23.07.2014. Ihm wurde eine schriftliche Stellungnahme des Kurdirektors zugesichert, die ihm bislang noch nicht vorliegt. Kurdirektor Taddigs wird Herrn Boyken die Stellungnahme kurzfristig zukommen lassen.

4 Einwohnerfragestunde Vorlage: 342/2014

Zwei Einwohner weisen auf überhöhte Geschwindigkeiten auf den Straßen Mühlenstraße und Neumarktstraße hin. Bürgermeister Wagner erläutert, dass grundsätzlich die Polizei für die Kontrolle des fließenden Verkehrs zuständig ist, aber eine gute Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Ordnung und Soziales besteht. Die Stadt Varel wird auf die Gefahrenpunkte hinweisen und entsprechende Maßnahmen anregen.

Die Bürgerinitiative Dangast hat mit Schreiben vom 29.09.2014 anliegenden Fragebogen eingereicht. Bürgermeister Wagner beantwortet die Fragen wie folgt:

1. Gibt es Hinweise, dass eine Bebauung der Sandkuhle evtl. nicht zustande kommt?
Nein, das im Rat beschlossene Konzept sieht eine Bebauung vor.
2. Wann wird die zweite Rate laut Kaufvertrag fällig?
Es handelt sich hier um eine vertrauliche Information.
3. Ist es richtig, dass eine Deckungslücke bei den Baumaßnahmen aus dem Kleiverkauf an den II. Oldenburgischen Deichverband von ca. 1 Mio. €, also aus Mitteln des städtischen Haushalts, ausgeglichen werden soll?
Das Konzept sieht keine Deckungslücke und daher auch keine Zwischen-

finanzierung vor. Die Baumaßnahme soll lt. Konzept durch die Verkaufserlöse gedeckt werden. Bürgermeister Wagner geht davon aus, dass das Konzept Bestand haben wird.

4. Gibt es einen Ratsbeschluss, dass die Stadt aus städtischen Mitteln die Deckungslücke schließt?
Da es lt. Konzept keine Deckungslücke gibt, gibt es auch keinen Ratsbeschluss darüber. Außerdem gleicht die Stadt Varel ein Defizit des Eigenbetriebes im Rahmen des Gesamtdeckungsprinzips aus, so dass es, auch wenn es eine Deckungslücke geben sollte, keinen Beschluss des Rates bedarf. Unabhängig davon steht es den Ratsmitglieder frei, einen Antrag auf Beschlussfassung im Rat zu stellen.
5. Wird der vom Architekten vorgegebene Kostenrahmen eingehalten?
Ja.

Ein neu hinzugezogener Einwohner begrüßt, dass der Strandeintritt in Dangast kostenfrei ist, bedauert aber, dass mit der Einführung gleichzeitig die Parkgebühren angehoben wurden. Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass Ziel ein freier Zugang zum Strand war. Die Einnahmeausfälle sollten durch Einnahmeerhöhungen in anderen Bereichen ausgeglichen werden.

5 Berichte und Anträge der Ausschüsse

5.1 Verwaltungsausschuss vom 21.08.2014

5.1.1 Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast vom 24.07.2014

5.1.1.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2013 Vorlage: 259/2014

Beschluss:

Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Kurverwaltung Nordseebad Dangast zum 31.12.2013 wird nach Maßgabe des § 33 Eigenbetriebsverordnung wie folgt beschlossen:

a) in der Gesamtbilanz auf der Aktiv- und Passivseite mit je	6.303.191,77 €
b) in der Gewinn und Verlustrechnung auf der Aufwandseite mit	2.397.635,43 €
auf der Erlösseite mit	1.628.065,25 €
und einem Jahresverlust von	769.570,18 €

Der Lagebericht zum 31.12.2013 wird beschlossen.

Der Jahresverlust 2013 in Höhe von 769.570,18 € wird dem Werkshaushalt des Eigenbetriebes aus dem Haushalt der Stadt Varel erstattet. Der Werkleitung wird für das Wirtschaftsjahr 2013 Entlastung erteilt.

Einstimmiger Beschluss

5.1.2 Anträge an den Rat der Stadt Varel

5.1.2.1 Durchführung des Unterhaltssicherungsgesetzes; Antrag auf Aufhebung der Zuständigkeitsübertragung Vorlage: 291/2014

Beschluss:

Die Stadt Varel beantragt beim Niedersächsischen Ministerium für Inneres, Sport und Integration die Aufhebung der Zuständigkeitsübertragung für die Feststellung und Bewilligung der Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz zum 01.11.2014.

Einstimmiger Beschluss

5.2 Verwaltungsausschuss vom 25.09.2014

5.2.1 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 16.09.2014

5.2.1.1 Bebauungsplan Nr. 53, 7. Änderung (Lange Straße) - Abwägung und Satzungsbeschluss Vorlage: 299/2014

Beschluss:

Die dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 16.09.2014 anliegenden Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Der Entwurf der 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 53 inklusive Begründung wird als Satzung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

5.2.1.2 Bebauungsplan Nr. 72, 1. Änderung (Wiefelsteder Straße) - Abwägung und Satzungsbeschluss Vorlage: 300/2014

Beschluss:

Die dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 16.09.2014 anliegenden Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 72 inklusive Begründung wird als Satzung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

5.2.2 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 24.09.2014

5.2.2.1 Neubildung des Zweckverbandes JadeWeserPark Friesland-Wittmund-Wilhelmshaven Vorlage: 315/2014

Beschluss:

1. Die Stadt Varel tritt dem Zweckverband JadeWeserPark Friesland-Wittmund-Wilhelmshaven mit der in Anlage 1 vorgelegten Verbandsordnung bei.
2. Geringfügige, z.B. redaktionelle, Änderungen des Entwurfes der Verbandsordnung, soweit diese im Rahmen der Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde noch erforderlich werden, können vom Verwaltungsausschuss beschlossen werden.

Einstimmiger Beschluss

6 Mitteilungen des Bürgermeisters

6.1 Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL Vorlage: 343/2014

Anliegendes Schreiben der Fraktion ZUKUNFT VAREL vom 04.08.2014 wird zur Kenntnis gegeben. Bürgermeister Wagner weist diesbezüglich darauf hin, dass die Ratsvorsitzende während der Ratssitzung das Hausrecht ausübt und Unruhen und Beleidigungen zu reglementieren hat. Sie hat nach den Regelungen des NKomVG und der Geschäftsordnung des Rates mehrere Möglichkeiten entsprechend zu reagieren, dieses geht von der Rüge bis zur Entfernung aus dem Ratsaal.

Hinsichtlich der Fragen zum Dringlichkeitsantrag verweist Bürgermeister Wagner auf die Regelungen in §§ 5 und 6 der Geschäftsordnung. Demnach ist ein Sachantrag, der nicht spätestens am 10. Tage vor der jeweiligen Ratssitzung beim Bürgermeister eingeht automatisch als Dringlichkeitsantrag nach § 6 zu werten, ohne dass es eines neuen Antrages bedarf. Der Rat beschließt im Rahmen der Feststellung der Tagesordnung über die Dringlichkeit des Antrages. Eine Aussprache über die Dringlichkeit darf sich nicht mit dem Inhalt des Antrages, sondern nur mit der Prüfung der Dringlichkeit befassen. Ein dringlicher Fall liegt vor, wenn dessen Behandlung so kurzfristig notwendig geworden ist, dass er nicht mehr unter Abkürzung der Ladungsfrist auf die Tagesordnung gesetzt werden konnte. Die Angelegenheit dürfe nicht bis zur nächsten Sitzung der Vertretung aufgeschoben werden können, ohne dass Nachteile entstehen, die nicht wieder beseitigt werden können. Die Dringlichkeit ist gerichtlich überprüfbar, liegt keine Dringlichkeit vor, ist der Beschluss unwirksam.

7 Anträge und Anfragen

7.1 **Bildung einer Stabsstelle Wirtschaftsbetriebe der Stadt Varel; hier: Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL** Vorlage: 324/2014

Bürgermeister Wagner verliest anliegenden Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL zur Errichtung einer Stabsstelle Wirtschaftsbetriebe. In Verbindung mit dem Thema beantwortet er zunächst Fragenkataloge der Ratsherren Müller und Chmielewski, die ihm eingereicht wurden.

Bürgermeister Wagner beantwortet die Fragen des Ratsherrn Müller wie folgt:

1. Welche Kosten entstehen?
Ratsherr Müller konkretisiert seine Frage dahingehend, dass er Informationen über die Personalkosten und Sachkosten für den Umbau des neuen Büros im Rathaus II erhalten möchte.
Bürgermeister Wagner erläutert, dass die Frage nach den Kosten noch nicht beantwortet werden kann, da der Prozess erst ganz am Anfang steht.
2. Welche Einspareffekte können überhaupt geschaffen werden?
Bürgermeister Wagner verweist auf die Sitzung des Finanzausschusses, in der bereits mitgeteilt wurde, dass die Stabsstelle genau diese Frage beantworten soll. Es handelt sich um einen offenen Prozess. Einspareffekte können sich in folgenden Bereichen ergeben: personell, operative Kosten, Zeitersparnis, Effektivität, Motivation.
3. Welche Folgekosten kommen auf die Stadt Varel zu?
Evtl. entstehen im laufenden Prozess Kosten, im Ergebnis soll das Ziel aber eine Kostenersparnis sein.
4. Benötigen wir solch eine Stabsstelle bei einer Stadt von der Größe Varels?
Ja.
5. Welche Struktur hat diese Stabsstelle?
Die Struktur der Stabsstelle wird im Prozess erarbeitet. Zurzeit sind 2 Personen in der Stabsstelle beschäftigt. Zukünftig wird die Stabsstelle aber voraussichtlich weiteres Personal benötigen. Wie am Ende die abschließende Struktur aussehen wird, ist auch Aufgabe der Vertretung.
6. Wer arbeitet Herrn Rädicker zu?
Sämtliche Fachbereiche und deren Mitarbeiter, die den Prozess begleiten, arbeiten Herrn Rädicker zu.
7. Wie ist das Verhältnis Taddigs/Rädicker geregelt?
Herr Taddigs ist Leiter der Stabsstelle.
8. Herr Rädicker ist in der Besoldungsgruppe A 13 (Ein Spitzenamt in der Beamtenbesoldung und in der Beamtenhierarchie). Ist die Tätigkeit, die er übernehmen soll, insofern nicht überbezahlt, weil die Tätigkeit keiner A 13 Besoldung entspricht, also unterwertig ist?
Dies ist eine Personalangelegenheit die vertraulich ist und in öffentlicher Sitzung nicht diskutiert werden kann.
9. Was macht Frau Spranger, die vorher diesen Bereich bearbeitet hat?
Die Aufgaben von Frau Spranger stehen nicht im Zusammenhang mit der Stabsstelle.
10. Wer übernimmt die Tätigkeit des künftigen Kämmerers?

Sein Stellvertreter und die Mitarbeiter des Fachbereichs 2, sowie der Dezernent.

11. Wie soll und kann dieser Kämmerer besoldet werden?
nach A13
12. Ist der Stellenplan nicht bereits ausgereizt?
Es besteht für Beamte kein Anspruch auf Beförderung, daher gibt es keine Abweichung vom Stellenplan. Gegebenenfalls muss der Stellenplan später angepasst werden.
13. Es soll ein Gutachten für diese Planung geben. Warum kennen die Ratsmitglieder dieses Gutachten nicht?
Ein Gutachten für diese Planung gibt es nicht, es wurde in der Verwaltungsrunde ausgearbeitet.

Bürgermeister Wagner beantwortet die Fragen des stellv. Bürgermeisters Chmielewski wie folgt:

1. In welcher Form werden dem Eigenbetrieb Dangast die Personalkosten erstattet?
Die Erstattung erfolgt in Form der Umbuchung.
2. In welcher Form und wie werden die neuen Personalkosten im Städtischen Haushalt gebucht und gedeckt?
Es entstehen zurzeit keine neuen Personalkosten.
In diesem Zusammenhang weist stellv. Bürgermeister Chmielewski darauf hin, dass Herr Taddigs im Eigenbetrieb Dangast eingestellt ist und nun zu 10% für die Stabsstelle arbeitet. Diese sind zusätzliche Kosten für die Stadt.
Bürgermeister Wagner ergänzt, dass der zeitliche Umfang der Tätigkeit von Herrn Taddigs durch Zeiterfassung ermittelt wird. Die Abrechnung erfolgt nach tatsächlichem Aufwand. Herr Taddigs wird den Aufwand schätzen und anschließend werden die Personalkosten umgebucht.
3. Diese Frage betrifft eine positive Beurteilung eines Mitarbeiters, die Antwort ist nicht in öffentlicher Sitzung möglich.
4. Gibt es keinen Rechtsanspruch auf eine Beförderung?
Nein, aber Ziel ist eine Beförderung, sobald es zu Kosteneinsparungen kommt.
5. Wie wird die Vertretung der Leitung im Fachbereich Finanzen geregelt?
Sobald die Leitungsstelle nicht mehr kommissarisch besetzt ist, wird die Vertretung geregelt. Dieses wird sich im Prozess ergeben, dabei wird es wahrscheinlich zu Verschiebungen von ganzen Aufgabenblöcken, auch in anderen Fachbereichen kommen.

Hinsichtlich des Schreibens der Fraktion ZUKUNFT VAREL verweist Bürgermeister Wagner auf seine weitreichenden Befugnisse im Bereich der Verwaltungsleitung und -organisation gem. § 85 Abs. 3 NKomVG sowie auf die Kommentierung hierzu im Kommentar Thiele. Ihm als Leiter der gesamten Behörde obliegt es die Verwaltung zu gliedern, zu organisieren und den Personaleinsatz festzulegen. Hinsichtlich der personellen und finanziellen Auswirkungen verweist er auf die Antworten zu den Fragen der Ratsherren Müller und Chmielewski.
Anstoß für die Einrichtung dieser Stabsstelle war der Antrag der SPD/CDU/FDP-Gruppe vom 25.06.2014 zur Haushaltskonsolidierung. In der Sitzung des Verwaltungsausschusses gab er bekannt, dass er zu dem Thema eine Stabsstelle einrichten und kurzfristig besetzen wird. Motivation zur Bildung der neuen Stabsstelle war die Steigerung der Effizienz der Verwaltungsabläufe und eine betriebswirtschaftliche Ausrichtung, die im Ergebnis zu einer Optimierung des Personaleinsatzes und damit zu einer Verringerung der Personalkosten führen soll. Durch die

Bildung der Stabsstelle sollen die Kernaufgaben von den betriebswirtschaftlichen Aufgaben getrennt werden. Bürgermeister Wagner erhofft sich durch die Stärkung von Kernkompetenzen eine Steigerung der Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger sowie die Motivation der Mitarbeiter durch ein optimales Arbeitsumfeld. Konkret sollen folgende Ziele erreicht werden:

1. Bündelung der betriebswirtschaftlichen Aufgabenbereiche
2. Bestandsaufnahme und Analyse der Verwaltungsabläufe
3. Erarbeitung von Organisationsfragen einschließlich der rechtlichen Bewertung
4. Bewertung der Handlungsalternativen
5. Überführung der Stabsstelle in die neue Organisationsform.,

Die Kritik der Fraktion ZUKUNFT VAREL, dass Bürgermeister Wagner den Verwaltungsausschuss und den Rat vor der Umsetzung der Entscheidung nicht informiert hat, weist er zurück. Durch die eigenmächtige Information des Kämmers in der Finanzausschusssitzung am 17.07.2014 hatte er keine Möglichkeit mehr, die Vertretung vorher zu informieren. Das Etatrecht sieht Bürgermeister Wagner nicht berührt. Da lediglich Umsetzungen vorgenommen wurden, ist zurzeit keine Änderung des Stellenplans notwendig.

Aus Sicht des Ratsherrn Müller gaben die Informationen des Bürgermeisters nicht viele neue Erkenntnisse. Ihm ist nicht ersichtlich, welche Ziele die Stabsstelle hat. Sein Verständnis von Politik und Umgang mit Haushaltsmitteln sieht anders aus. Seines Erachtens hätte der Bürgermeister diese Fragen auch bereits in der letzten Ratssitzung beantworten können. Insgesamt ist er sehr unzufrieden damit, wie mit der Ratsvertretung umgegangen wird.

Auch dem Ratsherrn Boyken reichen die Antworten des Bürgermeisters nicht. Die Fraktion ZUKUNFT VAREL hält das gesamte Verfahren insgesamt für eine Missachtung der Rechte der Gremien. Es gehört zu den Aufgaben des Rates Richtlinien der Verwaltungsführung festzulegen und Veränderungen im Stellenplan zu beschließen. Der Bürgermeister hat unbenommen das Recht auf Neustrukturierung seiner Mitarbeiter, es müssen aber sachliche Gründe für eine Veränderung vorliegen. Hier wurde zu oberflächlich und viel zu schnell eine Umstrukturierung durchgeführt. Der Verwaltungsausschuss wurde bereits einen Tag nach dem Eingang des Antrages der Mehrheitsgruppe vom Antrag und der Planung einer Stabsstelle in Kenntnis gesetzt. Die Besetzung der Stabsstelle mit Herrn Rädicker, dem unterlegenen Bürgermeister-Kandidaten, erfolgte sehr schnell, ohne dass geprüft wurde, ob auch andere Mitarbeiter für diese Stelle geeignet sind. In der Presse wurde darauf hingewiesen, dass der Bürgermeister gesagt hat, dass es sich nicht um einen Racheakt handelt. Das zeigt aus Sicht des Ratsherrn Boyken, dass der Gedanke bereits im Kopf des Bürgermeisters war. Ratsherr Boyken zieht daraus seine eigenen Schlüsse.

Zudem wurde die Leitung der Stabsstelle mit Herrn Taddigs besetzt, dieses bestätigt aus Sicht des Ratsherrn Boyken, dass dieser als Kurdirektor überflüssig ist. Er erwartet, dass für die nächste Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen sowie für den Betriebsausschuss Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast eine Vorlage über die Verrechnung der Personalkosten vorgelegt wird. Darüber hinaus bittet er um Mitteilung, ob Herr Taddigs für die Einsparung seiner Personalkosten auch die mit ihm vereinbarte Sondervergütung erhält. Insgesamt müsste der Stellenplan geändert werden, die A13 Stelle muss vom Fachbereich 2 zur Stabsstelle verschoben werden. Die Fraktion ZUKUNFT VAREL erwartet weitere Erläuterungen, aus ihrer Sicht hat der Bürgermeister seine Kompetenzen bei Weitem überschritten.

Nachdem die Beratung des Themas in der letzten Ratssitzung abgelehnt wurde, hatte die Fraktion MMW einen Antrag gestellt, die Angelegenheit im nächsten Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen aufzuarbeiten. Zum Bedauern des stellv. Bürgermeisters Chmielewski wurde dieses durch die Mehrheitsfraktion abgelehnt. Die Kämmerei hat viele Aufgaben zu erledigen, jetzt wird dem Fachbereich Finanzen Personal abgezogen. Das muss aus Sicht des stellv. Bürgermeisters Chmielewski bedeuten, dass entweder vorher zu viel Personal vorhanden war oder sie jetzt unterbesetzt sind. Es sei dabei zu bedenken, dass eine zu dünne Personaldecke das Risiko birgt, dass weitere Personalausfälle durch Krankheit oder Urlaub drastischen Auswirkungen haben können. Sollte eine Unterbesetzung bestehen, kann das nur bedeuten, dass Personal ersetzt werden muss und dieses verursacht zusätzliche Kosten. Zudem arbeitet Herr Taddigs zukünftig zu 10 % bei der Stadt Varel, auch diese Kosten muss der städtische Haushalt zusätzlich tragen. Insgesamt hätte sich stellv. Bürgermeister Chmielewski ausführlichere Antworten auf die Fragen und eine detailliertere Darstellung der Struktur und Aufgaben der Stabsstelle gewünscht. Seines Erachtens hätte der Rat vorab über die Aufgabenstellung und Struktur der Stabsstelle beraten müssen. Er beantragt, dass die konkreten Zahlen und Auswirkungen auf das Personal in schriftlicher Form vorgelegt werden.

Ratsherr Bruns weist darauf hin, dass bereits im Gruppenvertrag der Mehrheitsgruppe festgelegt wurde, dass sie die Strukturen der Verwaltung überprüfen wollen. Ziel soll es sein, durch die Veränderung von alten Strukturen Synergien zu schaffen und damit einen positiven Effekt auf den Haushalt zu erzielen. Der Antrag der Mehrheitsgruppe sollte diesen Veränderungsprozess anstoßen. Die Mehrheitsgruppe ist froh, dass es so zügig in Angriff genommen wird. Die Stadt Varel erhält eine Strukturhilfe, diese ist mit bestimmten Verpflichtungen zur Umstrukturierung verbunden. Mit der neuen Stabsstelle soll dieses vorbereitet werden. Aufgabe der Stabsstelle ist es, die Zahlen, Daten und Fakten zusammen zu stellen, bevor Veränderungen durch den Rat beschlossen werden. Sobald die Informationen im Detail vorbereitet sind, werden sie in den Gremien beraten. Dieses braucht allerdings seine Vorbereitungszeit. Aufgabe der Stabsstelle wird es sein, nach Optimierungsmöglichkeiten zu suchen. Die Mehrheitsgruppe erwartet aus der Stabsstelle in den nächsten Monaten Ergebnisse zur Optimierung.

Ratsherr Eilers weist den Vorwurf, es sei ein Racheakt an den Mitbewerber aus der letzten Bürgermeisterwahl, deutlich zurück. Dieses ist reine Spekulation. Die CDU hat den Anspruch, dass die Aufgaben in der Verwaltung vernünftig erfüllt werden, dabei sehen sie sich immer steigender Kosten gegenüber. Hier stellt sich die Frage, wie man dem entgegenwirken kann. Die CDU möchte nicht, wie die Fraktion ZUKUNFT VAREL auf wichtige Führungskräfte verzichten. Mit ihrem Antrag hat die Mehrheitsgruppe klare Ziele gesetzt. Diese wurden durch Bürgermeister Wagner mit der Bildung der Stabsstelle adäquat umgesetzt. Die Besetzung der Stabsstelle mit Herrn Taddigs und Herrn Rädicker ist eine gute Kombination, der eine bringt die kaufmännische Erfahrung, der andere die Qualifikation im Bereich der Finanzen mit.

Stellv. Bürgermeister Chmielewski stellt klar, dass der Vorwurf des Racheaktes nicht aus Richtung der Fraktion MMW gekommen ist. Er bittet zudem um Mitteilung, wie Herr Taddigs bei der Stadt Varel geführt wird und ob es rechtlich überhaupt möglich ist, dass ein Leiter des Eigenbetriebes die Stelle des Leiters einer Stabsstelle übernehmen kann.

Ratsherr Jackenkroll bittet um Klärung, ob die Stabsstelle jetzt bereits organisato-

risch im Stellenplan ausgewiesen ist. Er bezieht sich auf die Aussage des Rats Herrn Bruns, dass die Stabsstelle noch nicht besteht, sondern sich erst in der Planung befindet. Zudem vermisst er eine Aufgabenbeschreibung. Es muss klar definiert werden, welche Aufgaben und Ziele die Stabsstelle hat. Sinn macht die Stabsstelle nur, wenn am Ende die Arbeitsprozesse verschlankt und Personalkosten eingespart werden können.

Bürgermeister Wagner kann die Aussage des Rats Herrn Boyken nicht nachvollziehen. Die Bildung der Stabsstelle ist sachlich begründet. Die Haushaltskonsolidierung verlangt es, neue Wege zu gehen. Es ist Aufgabe des Behördenleiters die Zielrichtung vorzugeben. Aufgrund seiner jahrelangen Erfahrung hat er sich für die Einrichtung dieser Stabsstelle, die sich konkret mit der Organisation auseinandersetzt, entschieden. Sie soll die Strukturelemente innerhalb der Stadt Varel untersuchen, mit der Zielsetzung, die jetzt nebeneinander laufenden betriebswirtschaftlich organisierten Unternehmensteile zusammen zu führen. Zurzeit werden in diesem Bereich wichtige Synergien und Ressourcen verschenkt. Aufgabe der Stabsstelle ist es festzustellen, wie die Struktur jetzt aussieht, die Produkte einzeln zu beleuchten, Gespräche mit den Fachbereichsleitern zu führen um dann eventuell Umstrukturierungen, Verlagerungen oder Bündelungen zur Schaffung von Synergien vorzunehmen. Dabei ist am Ende das Ziel, Personalkosten einzusparen. Dieses wird ein längerer Prozess sein an dessen Ende steht, in 1-2 Jahren neue Organisationseinheiten zu bilden. Dabei ist die Stabsstelle betriebswirtschaftlich und verwaltungswirtschaftlich kompetent besetzt.

Nach Ansicht des Rats Herrn Funke kann die Bildung einer Stabsstelle sinnvoll sein, allerdings geht es hier nicht darum, ob eine Stabsstelle gebildet wurde, sondern um das „Wie“. Im Vorfeld wurden die Ausschüsse und der Rat nicht beteiligt. In anderen Fällen, wie z. B. der Zusammenlegung des Bauhofes mit dem Gartenamt und der Umstrukturierung der Wirtschaftsförderung, fand eine Behandlung in den Gremien statt. Die Bildung dieser Stabsstelle ist nicht weniger bedeutend und hätte daher auch in den Gremien beraten werden müssen. In dem Zusammenhang zitiert Rats Herr Funke einen Antrag der CDU-Fraktion auf Landkreisebene, in dem sie auf mehr Mitbestimmung in Personalentscheidungen von Führungskräften ab Sachgebietsleiter pochen. Hier scheint die CDU des Landkreises eine andere Auffassung zu vertreten, als die Vareler CDU-Fraktion. Rats Herr Funke gesteht dem Bürgermeister zwar die alleinige Zuständigkeit bei der Behördenorganisation zu, sieht aber trotzdem eine Verpflichtung die Gremien zu informieren. Die Argumentation, dass dem Bürgermeister durch die Verkündung der Entscheidung durch den Kämmerer in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen, die Möglichkeit der Information der Gremien genommen wurde, sieht Rats Herr Funke nicht so. Der Bürgermeister hätte unverzüglich eine Sitzung des Verwaltungsausschusses einberufen können, in der er die Maßnahme umfangreich erläutern hätte können. Dieses ist nicht geschehen. Des Weiteren fand keine Information im Rat statt. Es ist unterblieben, die ganze Angelegenheit auf sachlicher Ebene zu klären.

Die Fraktion BBV begrüßt die Weichenstellung des Bürgermeisters mit der Schaffung der Stabsstelle. Sie sind froh, dass die Stabsstelle mit zwei guten Fachkräften besetzt werden konnte. Rats Herr Böcker plädiert an die Ratsmitglieder, sich jetzt wieder mit den wichtigen Aufgaben der Stadt Varel auseinanderzusetzen.

7.2 Kleiverkauf durch die Stadt Varel

Bezugnehmend auf die Frage 4 des Fragekataloges der Bürgerinitiative Dangast während der Einwohnerfragestunde zum Kleiverkauf der Stadt Varel, vertritt Ratsherr Funke die Auffassung, dass es sehr wohl eines Ratsbeschlusses bedarf, wenn die Einnahmen aus dem Kleiverkauf zur Deckung des Defizits in Dangast herangezogen werden sollen. Er stellt den Antrag, dass geprüft wird, ob für den Fall, dass ein Defizit entsteht, ein Beschluss des Rates der Stadt Varel gefasst werden muss.

Bürgermeister Wagner sowie Kurdirektor Taddigs weisen nochmals darauf hin, dass das Konzept keine Finanzierungslücke vorsieht und daher grundsätzlich kein Ausgleich durch die Einnahmen aus dem Kleiverkauf notwendig werden wird. Sollte dennoch eine Finanzierungslücke entstehen, ist die Stadt Varel verpflichtet das Defizit des Eigenbetriebes auszugleichen. Bis zur nächsten Sitzung wird die Frage, ob ein Ratsbeschluss notwendig ist, geklärt.

Stellv. Bürgermeister Chmielewski bittet um eine Einschätzung wie wahrscheinlich es ist, dass eine Finanzierungslücke entsteht. Ratsherr Eilers bittet um Klärung und Darstellung der Frage in der nächsten Sitzung des Betriebsausschusses für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast. Dort sollten die Finanzierungsfragen sowie die weitere Entwicklung dargelegt werden.

Um 21.00 Uhr schließt Ratsvorsitzende Schneider die öffentliche Sitzung.

Zur Beglaubigung:

gez. Hannelore Schneider
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner
(Bürgermeister)

gez. Marion Groß
(Protokollführer/in)